



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND  
VERWALTUNG

am Dienstag, 06.11.2012, 17:07 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jubiläum "25 Jahre Kunstschule Labyrinth"

Vorl.Nr. 430/12

---

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 430/12.

Herr **Raithe** (FB Kunst und Kultur) erläutert nachfolgend die Vorlage und geht ausführlich auf das geplante Jubiläumsprogramm ein.

In der nachfolgenden Aussprache zeigt sich Stadträtin **Kreiser** erfreut, dass das Festprogramm in das Jahresprogramm implementiert wurde und verweist auf die positive Entwicklung der Kunstschule Labyrinth.

Stadtrat **Bergold** weist auf den hervorragenden Ruf der Kunstschule hin. Fast 5.000 Teilnehmer in einem Jahr sei eine gewaltige Leistung. Es sei auch belegt, dass man sorgsam mit den Mitteln der Stadt umgehe.

Stadtrat **Dr. Vierling** hebt noch die Orientierung an zeitgenössischer Jugendkultur hervor, die Kinder und Jugendliche dort abholen würden, wo sie sich gerade befinden.

Auch die Stadträte **Weiss** und **Müller** bringen ebenfalls Lob für die Arbeit der Kunstschule Labyrinth zum Ausdruck.

Im Anschluss beantwortet Herr **Raithe** die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen. Die nicht durch Sponsoring gedeckten Ausgaben in Höhe von 15.000 Euro seien im Haushalt berücksichtigt. Der interkommunale Rahmenvertrag regle die Beteiligung der Städte Kornwestheim und Bietigheim an dem Abmangel.

TOP 2

Stellenentwicklungsplan 2013

Vorl.Nr. 398/12

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 398/12.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) geht zunächst auf das Verfahren innerhalb der Verwaltung zur Vorbereitung des Stellenentwicklungsplans 2013 ein und erläutert ausführlich die

---

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 06.11.2012

vorliegende Mitteilungsvorlage.

OBM **Spec** bekräftigt ergänzend, dass in den letzten Jahren Stellen abgebaut wurden. Die Konsolidierungsziele hätte man nicht erreichen können, wenn man nicht auch den Personalbereich offensiv angegangen wäre.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadträtin **Kopf** zum Ausdruck, ihre Fraktion könne den Mehrbedarf an Stellen nachvollziehen, dieser sei Beschlusslage. Der Mehrbedarf ergebe sich insbesondere aus den Themen Bildung und Betreuung, Ganztags und den damit zusammenhängenden Hochbaumaßnahmen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Kopf erklärt Herr **Nitzsche**, dass im Stellenentwicklungsplan für das Controlling im Hochbau nur eine der zwei beantragten Stellen berücksichtigt sei.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt, man sei sich dessen bewusst, dass in allen Personalbereichen in der Vergangenheit nur die notwendigsten Stellen gefordert wurden. Fragen stellten sich jedoch in der Gewichtung. Ein Großteil der Stellenzuwächse seien Entfristungen. Darüber hinaus fehle ein erklärender Überblick über die echten Stellenzuwächse. Man gehe zwar von der Notwendigkeit all dieser Stellen aus, möchte jedoch, dass die Aufstellung über die Stellenmehrungen nachgeliefert werde.

Stadtrat **Weiss** ist der Auffassung, dass man darüber nachdenken müsse, wie man diese Entwicklung in den nächsten zwei bis drei Jahren in den Griff bekomme. Seine Fraktion werde weiterhin eine stringente Personalpolitik verfolgen.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht den Fokus auf der Zahl der Stellenentwicklung, die einen Zuwachs von rund 48 Stellen aufzeige. Der Bereich Bildung und Betreuung werde nicht nur durch städtische Stellen getragen. Man dürfe die freien Träger nicht vergessen und müsse auch die städtischen Zuschüsse für deren Arbeit mit berücksichtigen. Er hoffe auf Stelleneinsparungen im DV-Bereich durch Zuwächse im E-Government.

Stadtrat **Dr. Heer** erklärt für seine Fraktion, man gehe davon aus, dass alle Stellenmehrungen unabhängig davon aufgeführt werden, wie viel Zuschüsse oder Elternbeiträge geleistet werden und die Stadt eine gute Personalpolitik betreibe. Als Stadtrat könne er nur eine pauschale Deckelung vorgeben, ohne die Einzelfälle zu bewerten. Man sollte die Personalkosten nicht mehr als 3,6 % steigen lassen, also nur um 300.000 Euro, was eine Einsparung um 0,5 % bedeuten würde. Spielraum ergebe sich dabei durch zusätzliche Einnahmen oder weniger Ausgaben in anderen Bereichen.

Stadtrat **Hillenbrand** weist darauf hin, dass der Gesetzgeber und bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen Personalzuwächse notwendig machten. Die Begründung der Verwaltung für die dargestellten Stellenzuwächse sei gut.

Es folgt eine kurze weitere Diskussion im Gremium.

Als Ergebnis der Aussprache sagt Herr **Nitzsche** dem Gremium daraufhin den Erhalt einer Übersichtstabelle mit Auflistung aller kostenwirksamen zusätzlichen Stellenpositionen mit Kurzerläuterung und entsprechender Zuordnung zu den Organisationseinheiten zu. Des Weiteren werde der Aufstellung eine Information im Hinblick auf die befristeten Stellen beigelegt. Er greift die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen auf und geht insbesondere auf das E-Government und die Konsolidierungsrunden der vergangenen Jahre ein.

OBM **Spec** weist auf die in den letzten Jahren hinzugekommenen neuen Aufgaben durch gesetzliche Veränderungen hin, die sich auf kommunaler Ebene auswirkten. Die Kommunen würden von Bund und Ländern beispielsweise bei der Kinderbetreuung vielfach alleine gelassen.